

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

26. November 1968

Blatt 3424

Das Budget der Stadt Wien für 1969

=====

Pressekonferenz Slavik-Schaumayer im Presseclub Concordia

26. November (K) Im Presseclub Concordia erläuterte heute der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, bei der traditionellen Budget-Pressekonferenz vor in- und ausländischen Journalisten den Entwurf für den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1969 und den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1969.

Starke konjunkturelle Impulse

In der Einleitung zum Entwurf des Voranschlages für die Hoheitsverwaltung, über den Vizebürgermeister Slavik referierte, heißt es unter anderem:

Während die Erstellung der Voranschläge für die Vorjahre vor allem im Bereich der Einnahmenschätzung infolge großer Unsicherheitsfaktoren, die sich im wesentlichen aus dem damals neu abgeschlossenen Finanzausgleich, den Wirtschaftsgesetzen und der sogenannten großen Einkommensteuerreform ergeben haben, erschwert war, haben sich diese Schwierigkeiten für das Jahr 1969 gemindert. Die Neuregelung der Wohnbaufinanzierung und die große Einkommensteuerreform werden sich auch in den folgenden Jahren auswirken. Zur Frage der Einnahmenschätzung darf ergänzend erwähnt werden, daß die Entwicklung des Bruttonationalproduktes, dessen reales Wachstum im Jahr 1969 nach den vorliegenden Schätzungen annähernd fünf Prozent betragen wird, nicht unbedingt einen starren Maßstab für den Grad der Einnahmensteigerung aus öffentlichen Abgaben bildet, da erfahrungsgemäß die

Einnahmenentwicklung mit der Rate des Wirtschaftswachstums nicht immer parallel verläuft, sondern teilweise beträchtlich hiervon abweicht. Hinsichtlich der konjunkturellen Impulse, die vom Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien ausgehen werden, darf die erfreuliche Entwicklung der Aufwendungen, die für Investitionen vorgesehen sind, besonders unterstrichen werden. Auch für das Jahr 1969 ist es gelungen, zur Sicherung der Vollbeschäftigung die Ausgaben für Investitionen nicht nur dem Gesamtbetrag nach erheblich zu steigern, sondern auch den Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben neuerlich anzuheben.

Der Entwurf 1969 unterscheidet sich von den bisherigen Voranschlägen unter anderem dadurch, daß zum erstenmal seit 1957 außerordentliche Ansätze vorgesehen sind, und zwar 271,820.000 S für den Bau der U-Bahn. Diese Form wurde gewählt, weil zumindest nach dem derzeitigen Stand der Entwicklung die Bedeckung dieses Bauvorhabens nicht durch ordentliche Einnahmen gefunden werden kann.

Eine weitere Änderung: Die neue Rubrik 216, Aufschließung von Betriebsbaugebieten. Hier sind alle im Zusammenhang mit der Grundaufschließung zur Ansiedlung von gewerblichen und industriellen Betrieben stehenden Posten ausgewiesen. Dabei bleibt das Sonderanordnungsbefugnis der technischen Fachdienststellen unberührt. Die Koordinierung der Ausgaben erfolgt von der Finanzverwaltung.

Der Budgetrahmen

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppen I bis XI) rechnet für das Jahr 1969 mit Einnahmen von 13.213,861.400 S (1968: 11.458,778.600 S) und mit Ausgaben von 13.492,732.300 S (1968: 11.734,074.500 S). Davon sind im außerordentlichen Voranschlag sowohl auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite 271,820.000 S verzeichnet. Der erwartete Abgang beträgt 278,870.900 S (1968: 275,295.900 S).

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 15,3 Prozent gestiegen, die Ausgaben um 15 Prozent. Der veranschlagte Abgang vermindert sich gegenüber 1968 um 0,2 Prozent auf 2,1 Prozent der Gesamtausgaben. Werden die durchlaufende Anlehens- und Darlehensgebarung (626,423.000 S) sowie die kassenmäßig unwirksamen Wertdurchführungen (1.208,756.600 S) herausgehoben, ergibt sich bei den bereinigten Einnahmen eine Steigerung von 14,7 Prozent (1968: 12,8 Prozent) und bei den bereinigten Ausgaben eine Steigerung von 14,3 Prozent (1968: 11,1 Prozent).

Aufgliederung der Einnahmen

Die Gesamtsumme der bereinigten Einnahmen setzt sich aus folgenden Positionen zusammen: die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sinken mit 4.420,000.000 S gegenüber 1968 um 2,5 Prozent auf 38,8 Prozent. Bei der Schätzung wurde unter anderem die neue Sonderabgabe auf alkoholische Getränke mit 46 Millionen berücksichtigt. Die Landes- und Gemeindeabgaben machen 1.932,600.100 S aus. Obwohl hier mit Mehreinnahmen von 80 Millionen gerechnet wird, sinkt der Anteil um 1,7 Prozent auf 17 Prozent. Von diesen Mehreinnahmen entfallen auf die Gewerbesteuer 20 Millionen, auf die Lohnsummensteuer 24 Millionen, auf die Grundsteuer 10 Millionen, auf die Getränke- und Gefrorenensteuer 18 Millionen, auf die Anzeigen- und Ankündigungsabgabe 9 beziehungsweise 7 Millionen. Mit Mindereinnahmen von 10 Millionen wird bei der Vergnügungssteuer (Besucherrückgang in den Kinos und Steuerbefreiung für prädikatisierte Filme) gerechnet. Weitere Mindereinnahmen von insgesamt 1,2 Millionen entfallen auf Opferfürsorgeabgabe und auf die Ausgleichsabgabe nach dem Garagengesetz.

Bei den Einnahmen aus Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren und Gebühren für die Benützung städtischer Einrichtungen (1.690,667.200) wirken sich die Gebührenregelungen aus. Der prozentuelle Anteil ist von 13,7 auf 14,9 Prozent gestiegen. Dazu kommen noch verschiedene Einnahmen in der Höhe von 3.335,414.500 S. Dieser Anteil stieg um drei Prozent auf 29,3 Prozent, vor allem weil hier die außerordentlichen Einnahmen für den Bau der U-Bahn enthalten sind. Ebenso sind hier enthalten die Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968

in der Höhe von 553,9 Millionen und andere Beiträge für den verbesserten Hochwasserschutz und Schutz- und Verkehrswasserbauten von 42,5 Millionen.

Weitere Einnahmenpost: weiterzugebende Darlehen 26,423.000 S, Erlös aus der I-Anleihe 1969 600 Millionen und die schon genannten kassenmäßig unwirksamen Wertdurchführungen (1.208,756.600).

Aufgliederung der Ausgaben

Die Ausgaben setzen sich zusammen: Personalaufwand 3.767,531.100 S (32,3 Prozent), Sachaufwand 3.498,602.100 (30 Prozent), Investitionen 3.432,138.500 S (29,5 Prozent), Darlehen 959,281.000 S (8,2 Prozent).

Das Personal

Auf Grund der Auswirkungen der ersten und zweiten Etappe der bereits beschlossenen Besoldungsreform ist der Personalaufwand um 500 Millionen gestiegen. Auch der Personalstand steigt um 341 Bedienstete auf 35.448, die Zahl der Pensionisten steigt um 172 auf 17.769.

Finanzverwaltung

Die Ausgaben der Gruppe Finanzwesen sind mit 3.340,233.300 S die höchsten von allen Verwaltungsgruppen. Unter anderem sind darin 1.122,281.000 S für Darlehen und 200 Millionen S für den Zuschuß der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe enthalten. Die im außerordentlichen Voranschlag ausgewiesene Summe für den Bau der U-Bahn gliedert sich in 20,2 Millionen für Planung und Vorarbeiten und (Wiener Stadtwerke) 11,6 Millionen für die Probestrecke und 240 Millionen für den Ausbau des Grundnetzes.

Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung werden 697 Million S betragen (1968: 622,9 Millionen S). Für die Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport stehen 61,7 Millionen zur Verfügung, für Studienförderung 10,6 Millionen, für die Fremdenverkehrsförderung 11,9 Millionen, für die Erweiterung des Internationalen Studentenhauses Döbling 30 Millionen, für die Errichtung von Häusern der Begegnung 6,2 Millionen, für die Wiener Festwochen 8 Millionen. Die Musiklehranstalten budgetieren 22,8 Millionen. Für die Büchereien sind 28,2 Millionen vorgesehen, davon 5,2 Millionen für das "Haus des Buches" (dritte Baurate und Einrichtung).

Der Gesamtaufwand der städtischen Schulen wird mit 421,5 Millionen angenommen. Davon entfallen 175,3 auf das Personal und 119,1 Millionen auf den Sachaufwand sowie 127,1 Millionen auf Investitionen.

Bei den Volksschulen ist mit einem Steigen der Schülerzahl zu rechnen. Ein Rückgang ist nur bei den Berufsschulen und geringfügig beim Polytechnischen Lehrgang zu erwarten. 1969 soll die Errichtung von 22 bereits begonnenen Schulneubauten fortgesetzt und mit dem Neubau von weiteren fünf Schulen begonnen werden. Insgesamt werden für bauliche Herstellungen 116,9 Millionen S veranschlagt.

Wohlfahrtswesen

Die Verwaltungsgruppe Wohlfahrtswesen (ohne Lehrlings- und Altersheime, die in der Gruppe V ressortieren) rechnet mit Ausgaben von 886,7 Millionen (1968: 750,2 Millionen). Für 20.500 Säuglingswäschepakete stehen 6,4 Millionen bereit, die Heime für Kinder und Jugendliche erfordern 132 Millionen. Darin ist die Planung für den Neubau der "Stadt des Kindes" mit einer Million enthalten.

Die Gesamtausgaben der Kindertagesheime steigen von 218,2 Millionen auf 239,2 Millionen. Der Bau von elf Kindertagesheimen wird fortgesetzt, vier neue Kindertagesheime werden begonnen. In der Erholungsfürsorge sind für die Unterbringung

von 7.738 Kindern 10 Millionen Schilling veranschlagt.

In der Wohlfahrtspflege steigen die Ausgaben auf 226,5 Millionen (1968: 168,3 Millionen). Für 111 Pensionistenklubs (plus vier) sind 7,8 Millionen, für Dauerunterstützungen 97,2 Millionen, für Wohlfahrtskrankenpflege 11,3 Millionen vorgesehen. 52 Millionen werden voraussichtlich die Mietzinsbeihilfen, Wohnbeihilfen und die Stundung von Eigenmitteln im Zusammenhang mit der neuen Wiener Wohnbauförderung erfordern. Für Blindenbeihilfe sind 32,3 Millionen eingesetzt, für Behindertenhilfe 8,4 Millionen.

Wohlfahrts- und Krankenanstalten

Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten (Verwaltungsgruppen IV und V) rechnen mit Gesamtausgaben von 2.320,100.000 S. Der Abgang steigt damit weiter um 131,5 Millionen auf 1.367,8 Millionen. Die Gesamteinnahmen betragen 1.066 Millionen. Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sind diesmal nur 65 Millionen erforderlich, für den Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurden 23 Millionen und für die Errichtung eines Unfallchirurgischen Pavillons im Wilhelminenspital 18 Millionen eingesetzt. Allein für Verbrauchsmaterialien vor allem Arzneimittel und Verbandstoffe, werden 339,1 Millionen benötigt. Für die Rettung werden sechs neue Ambulanzwagen angeschafft.

Bauen für 4.5 Milliarden

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe IV, Bauangelegenheiten, steigen auf 2.272,600.000 S (1968: 2.085,900.000 S). Insgesamt fließen dem Baugewerbe und dem Baunebengewerbe 4.529,900.000 S zu, das sind 38,9 Prozent der Gesamtausgaben des kommenden Jahres (heuer 35,8 Prozent). Für den Wohnhausbau rechnet man mit 1.187,9 Millionen und mit einer Gesamtzahl von errichteten bzw. geförderten Wohnungen von 12.600.

Die Heizbetriebe budgetieren mit 250 Millionen, davon 120,8 Millionen für Spittelau und knapp 22 Millionen für das Heizwerk Großfeldsiedlung, sowie 25 Millionen für die Fernleitung und Blockstation im Rahmen der Südrandverbauung.

Für die Amtshäuser sind bauliche Investitionen um 66,7 Millionen vorgesehen. Damit wird unter anderem der Einbau der Archivanlagen im Dachgeschoß des Rathauses für die UNIDO mit fünf Millionen fortgesetzt. Zehn Millionen sind für die Errichtung von Bezirkszentren in Hernals und Donaustadt gedacht.

Der Straßenbau budgetiert mit 246,5 Millionen um fast 22 Millionen S mehr als im Vorjahr. 16 Millionen entfallen auf den Umbau Matzleinsdorfer Platz-Gürtel, sieben Millionen für die Lobkowitzbrücke und neun Millionen für die Linke Wienzeile. Für Straßenbauten bei städtischen Wohnhausanlagen sind 47,5 Millionen vorgesehen und 12 Millionen für Straßenbauten bei privaten Wohnhausanlagen.

Der Brücken- und Wasserbau rechnet mit 190,6 Millionen. Größere Vorhaben: Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz (24 Millionen), Unterführung Ostbahn (27 Millionen), Baukostenbeitrag für die vierte Strombrücke (sechs Millionen), verbesserter Hochwasserschutz (70 Millionen), Hafengebauten im Hafen Freudenau 20 Millionen.

Das Stadtgartenamt wird 169,1 Millionen aufwenden. Für die Errichtung des Großerholungsraumes Hohe Warte mit den Rothschildgärten sind 1,5 Millionen S gedacht.

58,5 Millionen für öffentliche Beleuchtung

In der Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten stehen 255 Millionen S zur Verfügung (1968: 239,1 Millionen). Die Kosten für die Öffentliche Beleuchtung steigen auf 58,5 Millionen, die Kosten für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz zeigen weiter steigende Tendenz. Allein die Erhaltung und der Betrieb dieser Anlagen kostet 8,5 Millionen; die Errichtung weiterer Verkehrsanlagen und Verkehrszeichen wurde mit 19,9 Millionen veranschlagt.

Die Stadtforste rechnen mit einer halben Million zur weiteren Instandsetzung der Lainzer Tiergartenmauer und 350.000 S für Wohlfahrtsaufforstungen.

Öffentliche Einrichtungen

Die Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, rechnet mit Ausgaben von 1.267,7 Millionen (1968: 1.105,8 Mil-

lionen). Für Kanalbauten werden 82,6 Millionen (1968: 66,8 Millionen) ausgegeben. Die Fortsetzung der Errichtung der Kläranlage Inzersdorf kostet zehn Millionen, Vorarbeiten und erste Baurate für die Hauptkläranlage 14,5 Millionen. Die Kanalisierung der städtischen Wohnhausanlagen ist mit 19 Millionen und sonstige Kanalbauten sind mit 18,6 Millionen eingesetzt.

Bei den Wasserwerken ergibt sich eine Ausgabensteigerung um nahezu 100 Millionen S auf 512,6 Millionen. 38 Millionen sind für die Sieben Quellen, 50 Millionen für die Ringleitung Süd und den Laaer Berg-Behälter vorgesehen. 25 Millionen entfallen auf den Ausbau des Rohrnetzes.

Die städtischen Bäder mit Gesamtausgaben von 125,1 Millionen haben für den Neubau des Dianabades zehn Millionen eingesetzt, für den Ausbau des Obtakringer Bades drei Millionen und für den Neubau des Schafbergbades fünf Millionen.

Die städtischen Wäschereien wollen im kommenden Jahr die neue Zentralwäscherei in Betrieb nehmen. Für die Fertigstellung und die Einrichtung sind 11,6 Millionen bereitgestellt.

Die Stadtreinigung rechnet mit Gesamtausgaben von 419,1 Millionen. 12 Neue Müllwagen sollen gekauft werden.

Wohnhäuserverwaltung

Der Erhaltungsaufwand für die städtischen Wohnhäuser in der Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen steigt nicht zuletzt durch den jährlichen Zuwachs von 5.000 Wohnungen auf 120 Millionen. Der Gesamtaufwand in dieser Geschäftsgruppe beträgt 660,9 Millionen. Die Betriebskosten steigen auf 272,3 Millionen. Für die Erneuerung von Waschmaschinen sind 5,1 Millionen veranschlagt, drei Millionen sind für den Neubau eines Obdachlosenheimes vorgesehen. 1,2 Millionen sind für Kredite an Siedler und an Kleingartenvereine gedacht.

Märkte

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, steigen auf 268,1 Millionen (1968: 242 Millionen). Bei den Märkten wird mit der Errichtung des

Großgrünmarktes Inzersdorf begonnen; für den Blumengroßmarkt sind 30 Millionen veranschlagt.

Allgemeine Verwaltung

Die Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, rechnet mit Ausgaben von 572,2 Millionen S. Das Präsidialbüro wird für Empfänge und Feierlichkeiten neun Millionen aufwenden können.

Der Aufwand für die Feuerwehr steigt auf 174,8 Millionen (1968: 159,2 Millionen). Für den Neubau der Feuerwache Simmering sind 3,5 Millionen gedacht. Drei neue Tanklöschfahrzeuge sollen um 1,6 Millionen gekauft werden.

Für Grundankäufe sind um 30 Millionen mehr, nämlich 220 Millionen vorgesehen. Der Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei wurde mit 130,2 Millionen eingesetzt. Die Gemeinderatswahlen 1969 werden voraussichtlich 8,5 Millionen Schilling kosten.

- - -

Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1969
=====

26. November Stadträtin Dr. Maria Schaumayer referierte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1969, dessen Erstellung auf besondere Schwierigkeiten stieß:

Schwierigkeiten und . . .

Der Personalaufwand erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 1968 um insgesamt 290 Millionen Schilling und erreicht somit die Gesamtsumme von 2,431 Millionen Schilling. Gemessen an den Gesamtaufwendungen der Wiener Stadtwerke ergibt sich ein Personalkostenanteil von 37,7 Prozent. Zufolge der Betriebsstruktur entfallen auf die Verkehrsbetriebe 196 Millionen Schilling Mehraufwand für Personal, das entspricht einer Steigerung von 15 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1968, während die Erhöhung bei den Elektrizitätswerken 10,2 Prozent und bei den Gaswerken 12,8 Prozent beträgt.

Eine zweite Komponente der Aufwandssteigerung liegt in der Erhöhung des Erdgaspreises durch die ÖMV und für sowjetisches Importerdgas begründet. Dies wirkt sich in der Ertragslage der Gaswerke aus, aber auch auf die Elektrizitätswerke entfällt ein Teil dieser Aufwandssteigerung, da ihnen beim Erdgas eine Zeitausgleichsfunktion obliegt. Das sowjetische Erdgas wird bekanntlich bandmäßig geliefert, während der Gasverbrauch im Sommer und Winter sich wie 1 : 6 verhält. Der flexible Einsatz von Erdgas im Wiener Elektrizitätswerk liegt aber im Interesse aller am Erdgasimport beteiligten Gesellschaften und Bundesländer, da durch die innerösterreichische Beweglichkeit der Einstandspreis ab Grenze günstiger gestaltet werden konnte.

Als drittes Indiz für die Schwierigkeiten, denen sich die Wiener Stadtwerke für 1969 gegenübersehen, müssen die Tilgungsverpflichtungen genannt werden. Sie waren vor der

Perlustrierung bei Vizebürgermeister Slavik im Anleihedienstplan mit 450 Millionen Schilling angegeben. Wenn sie sich nach dieser Perlustrierung auf 176 Millionen Schilling verringerten, so drückt sich darin ein Teil der Entlastungsmaßnahmen aus, die von der Finanzverwaltung zugunsten der Wiener Stadtwerke unternommen wurden. Die Finanzverwaltung prolongierte Rückzahlungsverpflichtungen der Wiener Stadtwerke von rund 128 Millionen Schilling über das Jahr 1969 hinaus. Diese dankenswerte Maßnahme darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die langfristigen Verbindlichkeiten der Wiener Stadtwerke Ende 1968 rund 4,42 Milliarden Schilling betragen. Die Steigerung der Verbindlichkeiten gegenüber Ende 1967 macht 480 Millionen Schilling aus.

Da auf die Verkehrsbetriebe allein 2,239 Milliarden Schilling an Verbindlichkeiten entfallen, ist bei der gegenwärtigen negativen Ertragslage der Wiener Stadtwerke auch nicht abzusehen, auf welche Weise die Tilgung in den folgenden Jahren erfolgen sollte.

. . . Entlastungsmaßnahmen

Die Hoheitsverwaltung wird 1969 einen erfolgswirksamen Zuschuß von 200 Millionen Schilling in bar an die Verkehrsbetriebe leisten. Dies ist um 50 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1968. Sie wird weiters die Gebrauchsgebühr von Elektrizitätswerk und Gaswerk, die mit 77 Millionen Schilling veranschlagt ist, stunden. Ferner wurde vereinbart, daß analog der Lastenstraße den Verkehrsbetrieben auch der jährliche Mehraufwand für das Verkehrsbauwerk Matzleinsdorfer Platz abgegolten wird. Dafür sind 1969 7,7 Millionen Schilling eingesetzt. Das Verkehrsbauwerk Matzleinsdorfer Platz soll vereinbarungsgemäß noch im heurigen Bilanzjahr den Stadtwerken übertragen werden. Dadurch wird die für 1968 in der Kapitalaufstockung noch vorhandene Differenz von 65 Millionen Schilling ausgeglichen und gleichzeitig die laut Parteivereinbarung für 1969 fällige Sacheinlage bestritten.

600 Millionen Anleihe für Investitionen

Obwohl die Maßnahmen der Hoheitsverwaltung für 1969 mit rund 420 Millionen Schilling zu beziffern sind, reichte auch dieser Betrag nicht aus, um eine Investitionstätigkeit der Wiener Stadtwerke auch nur im Ausmaß des heurigen Jahres sicherzustellen. Es muß vielmehr im nächsten Jahr den Wiener Stadtwerken eine Anleihe von 600 Millionen Schilling zugänglich gemacht werden.

Sodann wird es möglich sein, Investitionen von 1,041 Milliarden Schilling für die Wiener Stadtwerke finanziell zu decken. Das beabsichtigte Investitionsvolumen 1969 liegt aber niedriger als 1967 (1,413 Milliarden Schilling), wobei Sperren von 64 Millionen Schilling bei den Leitungsnetzen unserer Elektrizitätswerke und von 41 Millionen Schilling beim Rohrnetz der Gaswerke als besonders drückend vermerkt werden müssen. Dies umso mehr, als die Einnahmeerwartungen bei allen Teilunternehmungen eher optimistisch angesetzt wurden.

Bei den Elektrizitätswerken wird angenommen, daß die Stromabgabe 1969 um 7,2 Prozent gegenüber dem heurigen Jahr steigen wird. Im Rahmen des 1967 mit der Verbundgesellschaft abgeschlossenen Vertrages soll die Eigenerzeugung 66,6 Prozent und der Fremdstrombezug 33,4 Prozent betragen. Zufolge der schon besprochenen Erdgasverteuerung werden sich die Brennstoffkosten 1969 erhöhen. Der durchschnittliche Wärmeverbrauch für die Stromerzeugung in den eigenen Dampfkraftwerken liegt jedoch dank der Modernisierung des Werkes Simmering weiterhin wirtschaftlich günstig. Die veranschlagten Kosten für den Fremdstrombezug aus dem Verbundnetz liegen allerdings höher als das Ergebnis des Jahres 1967. Diese Kostenentwicklung führt zusammen mit einer auf 150 Millionen Schilling erhöhten Subvention an die Verkehrsbetriebe dazu, daß der voraussichtliche Jahreserfolg der Elektrizitätswerke um rund 70 Millionen Schilling hinter dem Ergebnis von 1967 zurückbleibt.

Neues E-Werk

Die wichtigsten Investitionsvorhaben der Elektrizitätswerke betreffen die Fortsetzung der Bauarbeiten am Block 6 in Simmering, der Anfang 1970 in Betrieb gehen soll. Durch diesen neuen Block, der die Strombedarfszunahme bis 1972/73 decken kann, wird auch ein weiterer 40.000 Kubikmeter-Behälter für Heizöl erforderlich. Es sind weiters Planungsarbeiten für ein neues 150 MW-Blockkraftwerk vorgesehen, dessen Errichtung der Gemeinderat am 22. November 1968 grundsätzlich beschlossen hat. Damit soll die Eigenerzeugung ab 1973 im Rahmen der mit der Verbundgesellschaft vereinbarten Quote sichergestellt werden.

Um den ständig steigenden Energiebedarf decken zu können, müssen außer den Erzeugungsanlagen aber auch neue Umspann- und Unterwerke errichtet werden, wofür rund 90 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Dazu kommen noch die Investitionen zur Umschaltung von fünf auf zehn kV, womit bekanntlich eine fast hundertprozentige Steigerung der Netzkapazität erzielt wird. Dringlich ist die Versorgung des 1. Bezirkes durch ein neues Umspannwerk von 110/10 kV, da die Kapazität des bestehenden Werkes Neubadgasse ausgeschöpft ist. Auch bei den Leitungsnetzen findet eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Form statt, daß das bisherige Dreispannungssystem planmäßig durch ein Zweispannungssystem (110/10 kV beziehungsweise 110/20 kV) abgelöst wird. Der Strom kann auf diese Weise mit geringeren Netzverlusten zu den Verbrauchern gebracht werden. Leider liegen auf diesen Investitionsposten, die der Steigerung der Wirtschaftlichkeit dienen, auch noch Sperrn.

In 15 Jahren Umstellung auf reines Erdgas

Auch bei den Gaswerken ist die Schätzung der Abgabe von 850 Millionen Kubikmeter Stadtgas eher optimistisch, da sie eine Steigerung von mehr als sieben Prozent gegenüber dem heurigen Jahr bedeutet. Da die Gaswerke auf Grund der schon erwähnten Steigerung der Personalkosten und des Erdgaspreises mit einem echten betrieblichen Verlust von zehn Millionen Schilling rechnen, werden sie im Jahre 1969 keine Subvention an die Verkehrsbetriebe leisten. Im Jahre 1967 machte diese Subvention bekanntlich noch 55 Millionen Schilling aus.

Auf Grund der nun gesicherten und ausreichenden Versorgung mit Erdgas werden die Gaswerke im kommenden Jahr die Umstellung der Versorgung auf das höherwertige Erdgas in Angriff nehmen. Von dieser Aktion, die etwa in der Bundesrepublik schon in vollem Gange ist, profitiert der Kunde durch den höheren Heizwert des Erdgases. Aber auch die Kapazität des Rohrnetzes wird eine Verdoppelung erfahren, so daß bisherige im Straßenrohrnetz begründete Anschlußhindernisse für Gasheizungen wegfallen werden.

Es ist einleuchtend, daß eine derartige Umstellaktion, von der laut Erfolgsplan 1969 rund 780.000 Gaskunden erfaßt werden müssen, eine längere Zeitspanne in Anspruch nehmen wird. Man rechnet mit mindestens 15 Jahren. Als Testgebiet wird im nächsten Jahr Stammersdorf umgestellt werden. Die erforderlichen Gerätezustandserhebungen sind dort bereits abgeschlossen. Über die Details der Aktion wird zeitgerecht die nötige Information erfolgen.

Im Investitionsplan der Gaswerke stehen 51 Millionen Schilling für das Hauptrohrnetz zur Verfügung, weitere 41 Millionen Schilling sind unter Sperre. Von den für Gaszähler nötigen 32,7 Millionen Schilling sind gleichfalls 11 Millionen Schilling gesperrt. Dies ist umso bedauerlicher, als rund 85.000 Gaszähler älter als 30 Jahre sind und ihre vermutliche Ungenauigkeit zu Lasten der Gaswerke geht, so daß ihre Erneuerung dringend geboten wäre.

Für den Neubau einer Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungs-technik mit angeschlossener Werkstättenhalle für die Geräteumstellung von Stadtgas auf Erdgas stehen 1969 5,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Die gegenwärtigen Räumlichkeiten sind unzulänglich. Im Hinblick auf eine Intensivierung des Gasabsatzes ist jedoch auch die Entwicklung und Überprüfung von gewerblichen und industriellen Gasverbrauchseinrichtungen erforderlich. Durch angestrebte Umstellung auf Erdgas wird die Versuchsanstalt ein zusätzliches umfangreiches Arbeitsgebiet erhalten.

Der neue Schraubengasbehälter in Simmering, für den 1969 noch eine Restzahlung von 4 Millionen Schilling zu leisten ist, erhöht den Behälterraum unserer Gaswerke auf 1,8 Millionen Kubikmeter. Im Hinblick auf den für die Umstellung auf Erdgas notwendigen Zeitraum von mindestens 15 Jahren ist auch noch die Errichtung einer weiteren Spaltanlage in Leopoldau erforderlich. Für die in Bau befindlichen Spaltanlagen sind Restzahlungen nötig. Es stehen für die Werke Simmering und Leopoldau im Investitionsplan 1969 insgesamt 108,5 Millionen Schilling ungesperrt zur Verfügung.

Rationalisierungserfolge bei den Verkehrsbetrieben

Für die Verkehrsbetriebe wird das Wirtschaftsjahr 1969 trotz allen Hilfsmaßnahmen sehr schwierig werden. Die Annahme von 410 Millionen Beförderungsfällen beim Einheitstarif und von 12 Millionen Beförderungsfällen beim Autobus-Sondertarif wird auch vom Kontrollamt als sehr optimistisch bezeichnet, da die für die Verkehrsbetriebe bedeutsame Motorisierung weiter anhält, die Zahl der Fernsehgeräte steigt und die Zahl der Berufstätigen in Wien stagniert. Die Durchschnittserlöse je Beförderungsfall zeigen wieder sinkende Tendenz, da der Trend zu Wochen- und Monatsstreckenkarten anhält.

Der Personalaufwand der Verkehrsbetriebe ist im Erfolgsplan 1969 mit 1,5 Milliarden Schilling veranschlagt, das heißt, er macht rund 65 Prozent der Gesamtaufwendungen aus. Dieser einen Aufwandspost stehen Beförderungserlöse von nur mehr 1,05 Milliarden Schilling gegenüber. Mit anderen Worten: die gesamten Beförderungserlöse der Verkehrsbetriebe decken nur zwei Drittel ihres Personalaufwandes.

Der echte betriebliche Verlust der Verkehrsbetriebe ist für 1969 mit 926 Millionen Schilling angenommen. Der Verlust gegenüber dem Rechnungsabschluss 1967 erhöht sich demnach um 257 Millionen Schilling, während im gleichen Zeitraum der Personalaufwand um 210 Millionen Schilling zunahm und die Aufwandszinsen für Fremdkapital von 113 auf 125 Millionen Schilling stiegen.

Es wäre verfehlt, aus diesen Ziffern zu schließen, daß es bei den Verkehrsbetrieben keinen Rationalisierungserfolg gibt. Die schaffnerlosen Beiwagen und Entwerter sowie die einmännige Führung von Autobussen bringen vom Jahr 1965 bis 1969 eine Ersparnis von 360 Bediensteten. Daß dieser Rationalisierungseffekt nicht vollends sichtbar wird, kann mit dem Hinweis erklärt werden, daß die heuer mit der Gewerkschaft vereinbarte Neuregelung der "zusatzfreien Tage" allein ein Mehrerfordernis von 155 Bediensteten mit sich brachte.

Trotz der Erschwernisse bemühen sich die Verkehrsbetriebe weiter um die Modernisierung und Verbesserung ihres Betriebes: Gelenktriebwagen sollen im kommenden Jahr auf den Linien 58, 66, 167, 52 und 78 zum Einsatz kommen.

Die Linien 0, 66 und 167 sollen schaffnerlose Vierachsbeiwagen erhalten. Auf den Autobuslinien 57 und 66 A soll der Einmannbetrieb eingeführt werden. Die Autobuslinie 30 A soll zur Ödenburger Straße, der Autobus 40 zur Felix Dahn-Straße und der 60 A zum Maurer Berg verlängert werden. Nach der für 11. Jänner 1969 vorgesehenen Inbetriebnahme der Unterfahung Matzleinsdorfer Platz werden die Fahrgäste eine teilweise geänderte Verkehrssituation vorfinden.

Im Investitionsplan, der mit 325 Millionen Schilling dotiert ist, sind 76 Millionen Schilling für den Neubau der Zentralwerkstätte vorgesehen. Die Autobushauptwerkstätte wird als erste Anfang 1970 in Betrieb genommen werden können. Es sei auch in Erinnerung gerufen, daß laut Wirtschaftlichkeitsberechnung der ÖGEFA aus dem Jahre 1962 eine jährliche Einsparung von 25 Millionen Schilling durch die neue Zentralwerkstätte zu erwarten ist, wobei man diese Summe mit dem Lohnkostenindex entsprechend valorisieren muß.

Für die Anschaffung neuer Autobusse stehen 10,4 Millionen Schilling und für moderne Straßenbahnwagen 111 Millionen Schilling zur Verfügung. Der Bund wird einen Beitrag leisten zum zweigleisigen Ausbau der Wehlistraße von der Stadionschleife zur Schleife Stadlauer Brücke und zum entsprechenden Gleisumbau am Bahnhof Vorgarten.

Die wirtschaftliche Realität

Der Erfolgsplan der Wiener Stadtwerke 1969 präliminiert einen Verlust von 408 Millionen Schilling. Wir wissen, daß die mit der Gewerkschaft vereinbarten Etappen bis zum Jahre 1972 auch den Wiener Stadtwerken jährlich weiteren Mehraufwand bringen werden. Für 1969 konnten die Investitionen durch außerordentliche Maßnahmen der Hoheitsverwaltung und die höhere Anleihe noch sichergestellt werden. Wenn sich aber die Frage erhebt, wie es weitergehen soll, so kann ich aus Anlaß der Erstellung des Wirtschaftsplanes 1969 nur wieder auf die wirtschaftliche Realität hinweisen:

Die Verkehrsbetriebe haben durch Sozialtarife Mindereinnahmen, die sich für 1969 mit 304 Millionen Schilling beziffern.

Die Verkehrsbetriebe tragen Altpensionslasten von 205 Millionen Schilling, für die keinerlei Deckungskapital vorhanden ist.

Die Verkehrsbetriebe werden nicht in der Lage sein, ihre Ende 1968 mit 2,2 Milliarden Schilling ausgewiesenen langfristigen Verbindlichkeiten selbst zu tilgen.

Franz Drdla zum Gedenken

=====

26. November (RK) Auf den 28. November fällt der 100. Geburtstag des angesehenen Komponisten und Violinvirtuosen Prof. Franz Drdla.

Er wurde in Saar, Mähren, geboren und bildete sich am Prager Konservatorium sowie am Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien in den Fächern Theorie, Klavierspiel und Geige aus. Sein Lehrer Hellmesberger vermittelte ihm 1890 eine Anstellung im Orchester der Wiener Hofoper, von wo er aber in der Folge ans Carl-Theater und schließlich an das Theater an der Wien übersiedelte. Drdla pflegte persönlichen Kontakt mit Johann Strauß und Karl Millöcker und erwarb sich durch sein virtuoses Spiel wie durch seine eigenen Kompositionen einen guten Ruf. Zur Jahrhundertwende begannen seine Konzertreisen, die ihn für mehrere Jahre zu den Bayreuther Festspielen führten und in einer triumphalen Amerika-Tournee gipfelten. Von seinen Kompositionen gehören "Serenade" und "Souvenir" zum bleibenden Bestand der Violinliteratur. Franz Drdla ist am 3. September 1944 in Bad Gastein gestorben und wurde auf dem dortigen Friedhof beigesetzt. Sein größter Wunsch war es, in Wien bestattet zu sein. Die Stadtverwaltung entsprach diesem und veranlaßte im Vorjahr seine Exhumierung und anschließend seine Überführung in die österreichische Bundeshauptstadt. Am 24. August 1967 fand er auf dem Zentralfriedhof in einem von der Stadt Wien ehrenhalber gewidmeten Grab seine letzte Ruhestätte.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Dezember

26. November (RK) Im Dezember sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. Dezember: Ankündigungsabgabe für November,
Getränkesteuer für November,
Gefrorenessteuer für November,
Vergütungssteuer und Sportgroschen für die
zweite Hälfte November.
- 14. Dezember: Anzeigenabgabe für November,
Ortstaxe für November.
- 15. Dezember: Lohnsummensteuer für November.
- 25. Dezember: Vergütungssteuer und Sportgroschen für die
erste Hälfte Dezember.

- - -

Weltkongreß für Kybernetik 1969 in Wien

26. November (RK) Ein Weltkongreß für Kybernetik wird erstmals in Wien stattfinden. Vorgesehen ist dafür die Woche vom 3. bis 8. November des kommenden Jahres. Der Kongreß wird zwölf Arbeitskreise umfassen, darunter auch Biologie, Medizin, industrielle Soziologie, Pädagogik, Raumplanung, Verkehr und Wirtschaftswissenschaft. Die Hauptsitzungen des Kybernetik-Weltkongresses 1969 sollen in der Wiener Hofburg abgehalten werden.

- - -

Straßenbahnlinie 48 wird auf Autobusbetrieb umgestellt
=====

26. November (RK) Ab Samstag, dem 30. November, wird die Straßenbahnlinie 48 auf Autobusbetrieb umgestellt. Gleichzeitig werden im Zusammenhang damit folgende Einbahnerklärungen wirksam: Gablenzgasse: von der Pfenninggeldgasse bis zum Gürtel. Burggasse: vom Gürtel bis zur Breitegasse.

- - -

Bezirksvertretungssitzung - geänderte Zeit!
=====

26. November (RK) Die Bezirksvertretungssitzung am Mittwoch, dem 27. November, in 1, Wipplingerstraße 8, 2. Stiege, 1. Stock, Zimmer 126, findet nicht, wie gestern berichtet, um 16.15 Uhr sondern um 18.15 Uhr statt.

- - -

Polnischer Chor gab Ständchen im Rathaus
=====

Im Roten Salon des Rathauses brachte heute vormittag der Chor "Pro musica antiqua" des Konservatoriums der Stadt Krakau Bürgermeister Bruno Marek ein Ständchen. Der Chor befindet sich auf einer Österreich-Tournee, die von der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft gemeinsam mit der Chorvereinigung Jung-Wien veranstaltet wird. Nach einem Konzert in Wien werden die polnischen Sängerinnen und Sänger in Linz und in Innsbruck gastieren.

Goldene und Silberne Verdienstzeichen überreicht
=====

26. November (RK) Im Roten Salon des Rathauses überreichte heute vormittag Landeshauptmann und Bürgermeister Bruno Marek fünf Persönlichkeiten aus verschiedenen Wirkungskreisen Goldene und Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien. Bei den Ausgezeichneten handelte es sich um den Komponisten Josef Fiedler und den Geologen Dr. Traugott Gattinger, die das Goldene Verdienstzeichen erhielten, sowie um den Fotografen i.P. Eduard Schmid, den Sänger Hans Schmid und den Musikdirektor Otto Wacek, denen das Silberne Verdienstzeichen verliehen worden war.

Unter den zahlreichen Gästen, die den beiden Überreichungsfeiern beiwohnten, sah man die Stadträte Dkfm. Alfred Hintschig, Hubert Pfoch, Dr. Pius Prutscher, Gertrude Sandner und Dr. Maria Schaumayer, ferner Stadtbaudirektor Prof. Dr. Rudolf Koller, Obersenatsrat Dr. Max Steiner in Vertretung des Magistratsdirektors und Branddirektor Dipl.-Ing. Franz Havelka.

Landeshauptmann Marek schilderte in seiner Laudatio den Werdegang der Ausgezeichneten und würdigte anschließend deren Verdienste.

Josef Fiedler fühlte sich schon in jungen Jahren zur Musik hingezogen. An der Musikakademie absolvierte er die Kapellmeisterschule mit hervorragendem Erfolg, dann stellte er ein eigenes Orchester zusammen und gastierte mit diesem über ein Jahrzehnt in vielen bedeutenden Städten Europas. In der Reihe der Komponisten wurde sein Name bald einer der bedeutendsten: von Fiedler stammt die Musik für mehr als 400 Wienerlieder, darunter "Wie Böhmen noch bei Österreich war" und "Wie der Radetzky noch a G'freiter war". 1965 war Josef Fiedler mit dem "Goldenen Rathausmann" ausgezeichnet worden.

Der Geologe Dr. Traugott Gattinger stammt aus Grieskirchen. Er hat an der Wiener Universität Geologie studiert und konnte seine hervorragenden Fachkenntnisse am Geologischen Institut verwerten. Die Jahre 1954 bis 1959 kann man als seine Wanderjahre bezeichnen: sie führten Dr. Gattinger nach Ankara, wo er über Einladung der dortigen Universität einen Expertenvertrag mit dem Geologischen Staatsinstitut der Türkei angenommen hatte. 1956 fungierte er als Expeditionsgeologe der sechsmonatigen Karakorum-Expedition der Österreichischen Himalayagesellschaft, von 1957 bis 1959 weilte Dr. Gattinger wieder in der Türkei. 1959 wurde er mit der Leitung der Abteilung für Ingenieurgeologie und Hydrogeologie an der Geologischen Bundesanstalt in Wien betraut; im Auftrag der Stadt Wien hat Dr. Gattinger wichtige geologische Aufschließungsarbeiten im Gebiet der "Sieben Quellen" geleistet.

Eduard Schmid war seit 1939 als Fotograf bei der Gemeinde Wien tätig, 1940 übersiedelte er in die Landesbildstelle. Er hat in den ersten Nachkriegsjahren wesentlich dazu beigetragen, daß die Landesbildstelle die Schäden der Besatzungszeit überwinden konnte. Unter schwierigsten Bedingungen gelangen Schmid wertvolle Aufnahmen aus dem Wien der Nachkriegszeit - Dokumentationen aus der Periode des Bombenschutts, die heute zu den unersetzlichen Archivbeständen der Landesbildstelle zählen.

Der Liedersänger Hans Schmid, besser als der "Schmid-Hansl" bekannt, begann seine Laufbahn 1914 - allerdings im kaufmännischen Berufsleben. In großen Firmen der Lebensmittelbranche erreichte er verantwortungsvolle Positionen: er war als Prokurist und Verkaufsdirektor tätig. Seine Freizeit gehörte dem Wienerlied. Im Jahre 1938 wurde die erste Schallplatte herausgebracht - seither hat der "Schmid-Hansl" mehr als ein halbes Hundert besungen. Meisterhaft interpretierte er vor allem "I bin a Weanakind", "Die alte Zahnradbahn", "Der Kleine Lausbua" und "Stellts meine Ross' in Stall". Sein Café in Währing ist weiten Kreisen als Pflegestätte des Wienerliedes bekannt, zu den Stammgästen zählen Persönlichkeiten des Kunstlebens und des Sports.

Musikdirektor Otto Wacek stammt aus Brixen in Südtirol. Er kam in jungen Jahren nach Wien und nahm an der Wiener Volksoper eine Stelle als Kapellmeister an. Später widmete er sich ausschließlich der Wiener Musik und absolvierte mehrere erfolgreiche Gastspielreisen im In- und Ausland. 1934 wurde er Militärkapellmeister beim Infanterieregiment Nr. 5, 1938 avancierte er zum Stabsmusikmeister. Als Komponist konnte Wacek viele Tänze, Märsche und Wienerlieder veröffentlichen; von ihm stammt die Musik für den bekannten Film "Leise flehen meine Lieder" mit Jan Kiepura und Martha Eggert. Im Jahre 1948 übernahm er die Leitung der Wiener Feuerwehrkapelle, die sich seither zu einem ausgezeichneten, im In- und Ausland lebhaft akklamierten Klangkörper entwickelt hat.

- - -

Neuer Kleist-Steg als Stahlkonstruktion über die Verbindungsbahn =====

26. November (RK) Baustadtrat Kurt Heller beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates den Umbau des Kleist-Steges über die Verbindungsbahn im 3. Bezirk mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Schilling. Der Umbau ist aus Sicherheitsgründen notwendig geworden, weil der um die Jahrhundertwende errichtete Steg schon starke Zeitschäden aufweist. Mit der neuen Stahlkonstruktion soll im Rahmen des zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Stadt Wien sofort begonnen werden, womit notleidenden Wiener Betrieben der Stahlbauindustrie geholfen wird.

Neue Straßen für Ottakring

Eine Million Schilling wird für den Ausbau der Zufahrtstraße von der Baumeistergasse zur Spinozagasse zur Verfügung gestellt. Auch andere Verkehrsflächen zwischen den neuen Wohnhausanlagen dieses Teiles des 16. Bezirkes werden ausgebaut. Im Hinblick auf das anhaltende schöne Wetter wird sofort mit diesen Arbeiten begonnen werden.

- - -

Angelobung von Bezirksräten
=====

26. November (RK) Heute wurden von Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus Oberstudienrat Prof. Dr. Gabriele Spannagel (2. Bezirk), Johann Kasper (4. Bezirk), Otto Stiedry (12. Bezirk) und Johann Stöger (17. Bezirk) als neuberufene Bezirksräte angelobt. Obermagistratsrat Dr. Franz Liska verlas die Gelöbnisformel. Die neuen Bezirksräte leisteten Stadtrat Dkfm. Hintschig mit Handschlag das Gelöbnis.

Bei der Angelobung waren der Bezirksvorsteher des 4. Bezirkes Franz Ramel und seine Stellvertreterin Herma Nothelfer, sowie der Bezirksvorsteher des 12. Bezirkes, Wilhelm Hradil, anwesend.

- - -

Personalnachrichten
=====

26. November (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Institutsvorstand DDr. Hans Hackl und die ärztlichen Abteilungsvorstände Dr. Walter Korp und Dr. Fränz Tausek (alle Magistratsabteilung 17) in die Dienstklasse VII befördert.

Stadtbaurat Dipl.-Ing. Rudolf Reischauer (MA 41) wurde Oberstadtbaurat. Die Amtsräte Johann Cerni (MA 52), Hans Springer (MA 12) und Gustav Tintner (MA 4) wurden zu Oberamtsräten befördert.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

26. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 4 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Apfel: Qualitäts-Klasse Kochobst 3 bis 5 S, Apfel: Qualitäts-Klasse II 5 bis 8 S, Orangen 7 S je Kilogramm.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 26. November
=====

26. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhr 3933, davon 343 Durchläufer, Gesamtauftrieb 3933, Durchläufer das gleiche, Verkauft alles, unverkauft 0.

Preise: extrem: 17.30 - 17.80 (15 Stk - 18 S), 1. Qualität 16.50 - 17.20, 2. Qualität 16 - 16.40, 3. Qualität (3 Stk - 14 S) 14.50 - 15.80, Zuchten extrem 13.10 - 13.20 (1 Stk - 14), Zuchten 11 (1), 12.50 - 13, Altschneider 10.50 - 11.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 13 Groschen je Kilogramm und beträgt 16.30.

Auftrieb und Preise im Auslandsschlachthof (lt. Mitteilung MA 60): Bulgarien 100 Stk zu 15, DDR 1257 Stk zu 15.10 - 16.50, Polen 152 Stk zu 15.20 - 16.50, Ungarn 362 Stk zu 15.60. Außermarktbezüge in der Zeit vom 22.11. - 26.11.1968 (ohne Direkteinbringung in die Bezirke) 1761 Stk.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 26. November
=====

26. November (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 23 Stk, davon 2 Fohlen. Herkunft: 2 Oberösterreich, 21 Niederösterreich. Verkauft wurden als Schlachttiere 7, als Nutztiere 0, unverkauft blieben 16.

Notierungen: Fohlen 0, Pferde extrem 11.50, 1. Qualität 9, 2. Qualität 8 - 8.10, 3. Qualität 7.50.

Auftrieb im Auslandsschlachthof: Neuzufuhr 65 Pferde aus Jugoslawien, verkauft zum Preis von 7.50 - 13. Marktverkehr: Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 18 Groschen je Kilogramm.

Durchschnittspreis für Schlachtpferde 8.51, Schlachtfohlen 0, Schlacht- und Nutzpferde 0, Pferde und Fohlen 0.

- - -